

## Tätigkeitsbericht der Landesgruppe Niedersachsen für das Jahr 2025

Die Landesgruppe Niedersachsen traf in 2025 zu sechs Vorstandssitzungen und einer Exkursion nach Hamburg zusammen, organisierte drei Onlineveranstaltungen und den 29. Niedersächsischen Jugendgerichtstag in Oldenburg. Mitglieder der Landesgruppe unterstützten mit Vorträgen den Jugendfachtag der Nds. Polizei 2025. Es gab in 2025 Gespräche mit CDU, SPD und Bündnis 90 die Grünen zu verschiedenen Themen und Bereichen des Jugendrechts, insbesondere zum Thema Jugendarrest für Schulverweigernde sowie der ausbaufähigen U-Haftvermeidung für Jugendliche in Niedersachsen.

Am 8. April 2025 besuchte der Vorstand der Nds. DVJJ die Untersuchungshaftvermeidung für Jugendliche in Hamburg. Niedersachsen hat leider bisher keine Möglichkeiten wie Hamburg sie mit dieser Einrichtung anbietet. Die Landesgruppe wird auch in 2025 am Thema festhalten und Überzeugungsarbeit in Gremien und Veranstaltungen leisten.

Am 16.06.2025 hatten wir Prof. Menno Baumann mit neuem Forschungsprojekt **„Gruppenbezogene Gewaltdelikte im Kindes- und Jugendalter – Ergebnisse eines Forschungsprojektes und ihre Implikationen“** bei uns zu Gast.

Gewalt und Straßenkriminalität findet im Jugendalter häufig in einem Gruppenkontext statt. In der internationalen Forschung als „Troublesome Youth Groups“ bezeichnete Gruppierungen können dabei öffentliche Plätze, Straßenzüge, Verkehrsknotenpunkte und ganze Stadtbezirke in kurzer Zeit in Hotspots der Jugendkriminalität verwandeln und auch erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes haben wir uns mit der Dynamik von Troublesome Youth Groups in Deutschland befasst und sind dabei sowohl auf prototypische Aspekte gestoßen wie sie in der Forschung seit langem international beschrieben wurden, aber auch auf einige sehr spezifische Aspekte, in denen sich die deutsche Situation vom internationalen Diskurs und die aktuelle Situation von früheren Konstellationen zu unterscheiden scheint. Daraus ergibt sich ein interessanter Einblick in die Netzwerkdynamik gewaltbereiter Gruppen.

Besonderer Schwerpunkt des Vortrages wird dabei die Frage, warum die Präsenz gewaltbereiter Jugendgruppen in Deutschland bisher ein zeitlich immer eng umgrenztes Phänomen war und wie sich die identifizierten Exit-Strategien so gestaltet lassen, dass evidenzbasierte Strategien gegen die Etablierung von Troublesome Youth Groups schnell und effektiv umgesetzt werden können.

Am 23.06.2025 waren Kristin Harney von der Mobilen Beratung gegen Rechts und Dr. Matthäus Fink, Staatsanwaltschaft Göttingen – Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet Niedersachsen (ZHIN) zu den Themen **„Strafverfolgung von Hasskriminalität im Netz“** und **„Umgang mit extrem rechten Einstellungen und Strukturen“** zu zwei Vorträgen bei uns zu Gast.

Die Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet hat das Ziel, Personen die sich in einer Weise, die gegen das geltende deutsche Strafrecht verstößt, unter Zuhilfenahme des Internets

äußern und sich durch stark aggressives Auftreten, Einschüchterungen und Androhungen von Straftaten auszeichnen, effektiv zu verfolgen. Die Arbeit der Zentralstelle, jüngst in der CBS Sendung „60 Minutes“ im US-Fernsehen vorgestellt (<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Trump-Vize-Vance-kritisiert-Justiz-in-Niedersachsen,vance116.html> ), bildet den ersten Teil der Veranstaltung.

Zunächst stellten wir die Tätigkeit der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet vor, beleuchteten verschiedene Straftatbestände wie etwa Beleidigung nach § 185 StGB, Volksverhetzung nach § 130 StGB. Die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach § 86a StGB werden anhand von Beispielen erläutert.

In Anschluss stellten wir mit der Mobilen Beratung gegen Rechts ein Best Practice in Niedersachsen vor: In vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es wachsende Herausforderungen im Umgang mit extrem rechten Einstellungen und Strukturen. So sind auch die Anfragen und Beratungen, nach Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit extrem rechten Jugendlichen zunehmend gestiegen. In dem Kurzimpuls werden aktuelle Entwicklungen, Mobilisierungsfelder extrem rechter Jugendlicher sowie Herausforderungen für Regelstrukturen im Bereich der Arbeit mit Jugendlichen beleuchtet. Zudem wurden Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Prävention und Intervention jenseits der Strafverfolgungsarbeit aufgezeigt.

Kristin Harney arbeitet bei der Mobilen Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie. Die Mobile Beratung Niedersachsen begleitet und unterstützt bei Herausforderungen im Themenfeld Rechtsextremismus und zur Stärkung demokratischer Kultur

Der 29. Niedersächsische Jugendgerichtstag fand unter dem Titel **„Diese Jugend... war früher alles besser?“** am 19.09.2025 im den Alten Landtag in Oldenburg statt.

Nach einer längeren Pause freuten wir uns, ein spannendes wie umfangreiches Programm im Zentrum von Niedersachsen anbieten zu können. Neben vier hochkarätig besetzten Vorträgen hatten wir eine ausgedehnte Mittagspause mit Verpflegung zu Austausch eingeplant. Ca 180 Teilnehmende besuchten die Tagung.

Der vollständige Tagungsbericht wurde bereits in der ZJJ 4/2025 veröffentlicht.

Am 03.11. 2025 begrüßten wir Frau Dr.in Irina Volf vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. In Frankfurt a. M. mit dem Vortrag **„Wenn Kinderarmut erwachsen wird... Zentrale Befunde aus der AWO-ISS Langzeitstudie zur Kinderarmut“**.

Armut ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das infolge komplexer politischer Entscheidungen entsteht. Dennoch wird dieses Problem häufig individualisiert, stigmatisiert und mit Scham behaftet. Aus Sicht der Betroffenen ist Armut mehr als ein Mangel an Geld, sondern eine herausfordernde Lebensbedingung, die mit vielen Einschränkungen und Benachteiligung in fast allen Bereichen einhergeht.

Für viele Menschen in Deutschland schließt sich der Kreis zwischen den Armutsursachen und –folgen, sodass diese Lebensbedingung von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird. Wie kann dieser Kreis gebrochen werden? Welchen Beitrag können dabei (pädagogische) Fachkräfte leisten? Ein erster Schritt auf der Suche nach möglichen Lösungen besteht darin, mehr Armutssensibilität als

Kompetenz in der Arbeit mit von Armut betroffenen Menschen zu entwickeln und als Qualitätsmerkmal in den (sozialen) Einrichtungen zu verankern.

In ihrem Vortrag präsentierte Dr.in Irina Volf die zentralen Befunde aus 25 Jahren Forschung im Rahmen der AWO-ISS Langzeitstudie zur Kinderarmut und zeigte anschaulich, dass Armutsbekämpfung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

### **Schwerpunkte der Arbeit in 2026**

Für 2026 planen wir eine Veranstaltung zur Situation der U-Haftvermeidung in Niedersachsen und das Netzwerk Hate Aid wird zu Gast sein.

Gemeinsam mit Bremen, Hamburg/Schleswig Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wird es in diesem Jahr mit dem „Austausch Nord“ eine neue Veranstaltungsreihe geben.

Wir erwarten ein spannendes Jahr 2026.

Für den Vorstand

Dennis Sögding